

**Stadt Bergisch Gladbach  
Der Bürgermeister**

<b>Federführender Fachbereich</b> <b>Zentrales Controlling</b>	<b>Drucksachen-Nr.</b> <b>656/2007</b>	
<b>Mitteilungsvorlage</b>		
		<input checked="" type="checkbox"/> <b>Öffentlich</b>
		<input type="checkbox"/> <b>Nicht öffentlich</b>
<b>für die Sitzung des ▼</b>	<b>Sitzungsdatum</b>	
<b>Hauptausschuss</b>	<b>04.12.2007</b>	

**Tagesordnungspunkt**

**Informationen zur geschäftlichen Entwicklung von Beteiligungsgesellschaften**

**Inhalt der Mitteilung:**

@->

**1. Ausgangslage**

Bereits in der letzten Sitzung des Hauptausschusses wurde über die Entwicklung von 4 Beteiligungsgesellschaften berichtet. Aufgrund der derzeitigen Auslastung des Zentralen Controllings (NKF; Beteiligungsberichte u.a.) wurde die Berichterstattung auf zwei Sitzungen verteilt und wird in diesem Hauptausschuss fortgesetzt.

Die Berichterstattung erfolgt in Abstimmung mit den Beteiligungsgesellschaften.

**2. Berichterstattung**

**a) Bädergesellschaft mbH**

**Jahresabschluss 2006**

Im Wirtschaftsjahr 2006 erreichten die Umsatzerlöse 1.068 T€ und lagen damit 144 T€ über dem Vorjahr. Zurückzuführen ist dies vor allem auf die überdurchschnittlich gestiegenen Besucherzahlen infolge der außerordentlich guten Witterungsverhältnisse im Juli 2006 als auch auf die Anhebung der Entgelte ab 01.05.2006 sowie auf höhere Teilnehmerzahlen bei Kursprogrammen. Gleichzeitig gab es aber auch Kostensteigerungen. Der Materialaufwand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 6 T€. Die Personalaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um 73 T€ gestiegen. Dies entspricht einer prozentualen Steigerung um 7,7 %. Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen die Übernahme einer Zeitarbeitskraft in ein ganzjähriges befristetes Teilzeitarbeitsverhältnis sowie der Umstand, dass der Personalaufwand des Vorjahres durch die Teilinanspruchnahme einer Altersteilzeitrückstellung höher entlastet war. Infolge von geringeren Rechts- und Beratungskosten konnten die Verwaltungsaufwendungen um 6 T€ gesenkt werden. Bei

den Betriebsaufwendungen fielen vor allem geringere Grundstücksnebenkosten, Instandhaltungen und Versicherungen an, so dass hier eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahr um 110 T€ eintrat.

Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um 218 T€ verbessert; dies beruht im Wesentlichen auf periodenfremden Erträgen aus Bewirtschaftungskosten. In 2006 wurden insgesamt 2.398 T€ aus den Fonds ausgeschüttet. Die Erträge aus den Fondsanlagen reichten wie in Vorjahren jedoch nicht aus, den Verlust des Bäderbetriebes zu kompensieren. Es ergab sich daher ein Jahresfehlbetrag in Höhe von € 280.071,37. Das Eigenkapital (Gewinnrücklagen) wird in entsprechender Höhe mit dem Fehlbetrag belastet.

Der Wirtschaftsprüfer weist daher in seinem Prüfungsbericht darauf hin, dass die Risiken der zukünftigen Entwicklung insbesondere in der Ertrags- und Liquiditätsentwicklung der beiden Fonds gesehen werden, da hiervon die Ausschüttungsmöglichkeiten an die Bädergesellschaft zur Deckung der Defizite aus dem Bäderbetrieb abhängen. Sollten die jährlichen Fondsausschüttungen ebenso wie im Geschäftsjahr 2006 die Unterdeckung des Bäderbetriebs und den jährlich wiederkehrenden Zuschuss an die Betreibergesellschaft Saaler Mühle nicht ausgleichen, entstehen erhebliche Verluste und Liquiditätsengpässe. Diese können nur durch weitere Inanspruchnahme des Termingeldkredites, Darlehen oder Verkäufe von Fondsanteilen ausgeglichen werden. Rechtliche Risiken für die Gesellschaft ergeben sich laut Lagebericht aus den derzeit noch anhängigen Verfahren beim Landgericht Köln bzw. Verwaltungsgericht Köln (s. Anlage Lagebericht).

Für das Folgejahr erwartet die Geschäftsführung gemäß dem am 13.12.2006 vorgelegten und vom Aufsichtsrat genehmigten Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2007 einen Verlust von 556 T€. Die auf Vorausschätzungen der Fonds-Manager basierenden Ausschüttungen der beiden Spezial-Fonds werden voraussichtlich 1,216 Mio. € betragen. Ergebnisverschlechternd wirkt sich der jährliche Zuschuss an die Betreibergesellschaft Saaler Mühle mit 787 T€ aus.

## **b) Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum mbH**

### **Jahresabschluss 2006**

Das Geschäftsjahr 2006 schloss mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 41 T€ ab. Im Haushaltsplan der Stadt Bergisch Gladbach wurden zur anteiligen Verlustabdeckung 17 T€ veranschlagt. Der Fehlbetrag wurde durch eine Entnahme aus der zu diesem Zweck gebildeten Kapitalrücklage des Technologiezentrums ausgeglichen.

Seit dem Bestehen der Gesellschaft wurden 539 Gründungsvorhaben geprüft. Bis zum 31.12.2006 wurden insgesamt 149 Unternehmen im Gründungsprozess begleitet. In das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum wurden bisher 58 Unternehmen als Gründer aufgenommen. Am 31.12.2006 hatten dort 10 Existenzgründer Mietverträge.

Zum Zeitpunkt der jeweiligen Existenzgründung im TechnologieZentrum werden seit 12 Jahren nachweislich zum Unternehmensstart durchschnittlich 2 neue Arbeitsplätze geschaffen. Aus Mieterbefragungen zum Ende der vorangegangenen Jahre ergibt sich eine durchschnittliche Mitarbeiterzahl von 7,7. Legt man eine ähnliche Wachstumsentwicklung für die Gesamtmieterschaft des Technologiezentrums seit 1995 und eine TechnologieZentrum-spezifische Insolvenzquote in Höhe von 8,6 % zugrunde, so werden von den erfolgreichen Unternehmen, die im TechnologieZentrum gegründet wurden, heute rd. 410 hoch qualifizierte Arbeitsplätze bereitgestellt.

Für 2007 war eine kontinuierliche Weiterentwicklung geplant. Hierzu gehört auch eine noch intensivere Nutzung der vorhandenen Kooperationsmöglichkeiten mit dem TechnologiePark, um so im Rahmen des vereinbarten Flächenaustauschrechtes die notwendigen Raumkapazitäten weiter zu optimieren. Durch die Ansiedlung der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft in

den Räumlichkeiten des TechnologieZentrums erhalten potentielle Gründer ein erweitertes Angebot von gründungsspezifischen Dienstleistungen wie z.B. die Bewilligung von Fördermitteln, in unmittelbarer Nachbarschaft im TechnologiePark Bergisch Gladbach. Ein weiterer Ansatzpunkt ist die für 2007 geplante Zusammenarbeit mit der Rheinischen Fachhochschule Köln. Durch die Ansiedlung von technologiespezifischen Forschungsflächen erhalten Professoren und Studenten Zugang zum TechnologieZentrum mit der Möglichkeit, dort eigene Unternehmen zu gründen. Um die vorhandenen Vermietungskapazitäten besser auszulasten, sollte die Suche nach qualifizierten Gründern auch weiterhin vorangetrieben werden.

#### **Aktivitäten in 2007**

Die Vermietungs-/Belegungsfläche konnte um ca. 550 qm erhöht werden, was einem Anstieg der Vermietungsquote von 57 auf 72 % und der Belegungsquote von 62 auf 77 % entspricht. Hieraus resultieren höhere Nettomieteinnahmen von ca. 40 T€. Dem stehen Mindereinnahmen durch Flächenrückgaben gegenüber.

#### **StarterCenter**

Die Geschäftsführung und die Gesellschaftervertreter streben eine Einbindung des TechnologieZentrums als Teil und Partner des zukünftigen Startercenters Rhein-Berg/Leverkusen an, um in einer gemeinsamen Außerstellung und im Rahmen entsprechender gemeinsamer Marketingmaßnahmen als spezialisierte Beratungsinstitution für technologieorientierte Gründungsinteressenten identifiziert werden zu können.

### **c) Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderung mbH**

#### **Jahresabschluss 2006**

Der Jahresabschluss der RBW mbH wies in 2006 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 569.011,14 € aus. Damit ergibt sich ein um ca. 11 % erhöhter Jahresfehlbetrag gegenüber dem Vorjahr. Insbesondere lässt sich die Verschlechterung auf die gesunkenen Umsatzerlöse (- 23 T€) aus der Naturarena, gestiegene Material- und Personalkosten (+ 13 T€/ + 8 T€) und höhere Abschreibungen (+ 13 T€) zurückführen.

Der Jahresfehlbetrag soll durch die Kapitalrücklage abgedeckt werden. Der Rheinisch-Bergische Kreis hat die Kapitalrücklage in 2006, durch eine Rücklage für die gewöhnliche Geschäftstätigkeit (450T€) und für das Sondervermögen (3.073 T€) aufgestockt.

Insbesondere ist von Bedeutung, dass der Wirtschaftsprüfer in seinem Bericht auf folgende Risiken hinweist:

- Aufgrund der Ertrags- und Kostensituation ist es der Gesellschaft auch in 2006 nicht gelungen Rücklagen aus Mietsonderzahlungen und Zinsertragsmarge im Bereich Public Leasing zu bilden. Dies wäre jedoch für das Bonitäts- und Ausfallrisiko notwendig. Die Geschäftsführung weist darauf hin, dass eine Reduzierung des Risikos in der potentieller Verwertbarkeit der Objekte, der planmäßigen Tilgung der Leasingraten sowie in der Ausfallbürgschaft der Stadt Rösrath liegen.
- Die Geschäftsführung hat die Möglichkeit ungünstiger künftiger Entwicklungen in einzelnen Geschäftsbereichen erkannt.
- Es erscheint sinnvoll, im Hinblick auf das Geschäftsfeld Public Leasing das Bonitätsrisiko der Leasingnehmer durch die Einschaltung von Kreditauskunftsstellen, Kreditinstituten und sonstigen externen Prüfungsinstitutionen weiterhin laufend zu überwachen.

#### **StarterCenter**

s. TechnologieZentrum

## **Sachstand Kompetenzfeldentwicklung**

Die RBW wird den Focus ihrer zukünftigen Arbeit auf die Kompetenzfelder Automotive und Gesundheitswirtschaft legen.

### **d) BGE Eisenbahn Güterverkehr GmbH**

#### **Jahresabschluss 2006**

Das Geschäftsjahr schloss mit einem Verlust von 80 T€. Dadurch hat sich der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag zum 31.12.2005 auf 2.013 T€ erhöht.

Aufgrund der konjunkturellen Belebung konnte das erwartete Frachtaufkommen in 2006 für das Werk Gohrsmühle der M-real Zanders GmbH (Bergisch Gladbach) im vollen Umfang erbracht werden. Es wurden 304.908 t über die Bahn transportiert. Für die Werke in Düren wurden 163.877 t auf dem Schienenweg transportiert. Für das Jahr 2006 wurden die im Zuwendungsbescheid für die Vorjahre vorgegebenen durchschnittlichen Jahresmindestmengen sogar überschritten.

Als Risiken der künftigen Entwicklung nennt die Gesellschaft die Unterschreitung der Fördermengen im Rahmen der vom Land Nordrhein-Westfalen empfangenen Fördergelder, die an eine Frachttonnage von durchschnittlich 300.000 t / Jahr (auf einen Zeitraum von 5 Jahren, beginnend ab dem 1.April 2000) für den Standort Bergisch Gladbach und von durchschnittlich 130.000 t / Jahr (auf einen Zeitraum von 7 Jahren, beginnend ab dem 01.April 2001) für Düren, gebunden sind. Im Fall einer Unterschreitung der zugrunde gelegten durchschnittlichen Frachtmengen, hatte sich das zuständige Ministerium vorbehalten, die Fördermittel ggf. anteilig zurückzufordern. In Verhandlungen der Geschäftsführung mit dem Ministerium hat dieses jedoch bereits mündlich signalisiert, dass es eine Anpassung der Bewilligungsbescheide dahin gehend vornehmen will, dass auf eine Rückzahlung der konjunkturell nicht erreichten Fördermengen für beide Standorte verzichtet wird. Eine anteilige Rückforderung der Zuwendungen ist aus diesem Grund aus Sicht der Geschäftsführung sehr unwahrscheinlich. Daher hat die Gesellschaft auf eine Bildung von Rückstellungen in diesem Zusammenhang verzichtet.

Die Wincanton Trans European GmbH wurde zum 1. April 2006 erneut Logistikdienstleister der ZANDERS GmbH. Vom 01. Oktober 2005 bis 31. März 2006 war dies die Huettemann Logistik GmbH.

Im Geschäftsjahr 2002 hat die Gesellschaft ihre Investitionstätigkeit vollständig abgeschlossen. Der in der Investitionsphase der Gesellschaft aufgelaufene Verlustvortrag wird in den Folgejahren entsprechend dem Geschäftsplan – voraussichtlich bis zum Jahr 2012 - aufgrund steigender Betriebsergebnisse (Abnahme der Abschreibungen) und verbesserter Finanzergebnisse (geringere Zinsbelastung aus Annuitätendarlehen) ausgeglichen.

Mit der Stadt Bergisch Gladbach besteht ein Pachtvertrag für ein Grundstück. Der Pachtzins ist mit 34 T€ p.a. festgelegt und mit einer Wertsicherungsklausel an den Preisindex des Statistischen Bundesamtes gekoppelt.

In 2006 gab es keine außerordentlichen Aktivitäten und es sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt. Neben den geplanten Instandhaltungs- und Wartungstätigkeiten entstanden keine ungeplanten Reparaturen oder Sanierungen.

#### **Entwicklung der Schienenfrachtmengen**

Die Geschäftsführer der BGE haben bisher noch keine weiteren Informationen zur Thematik der Schienenmengen seitens des Ministeriums mitgeteilt bekommen. Das Projekt als solches ist nach wie vor auf einem guten Weg. Für 2006 konnten für Bergisch Gladbach mit ca. 304.908 to und Düren mit 100.382 to deutliche Verbesserungen der Schienenmengen dargestellt werden. Ähnliche

Schienenmengen werden auch für das Geschäftsjahr 2007 erwartet. Für Düren wurden zusätzliche Drittmengen (im Zeitraum von 2002-2006) in Höhe von 590.000 to durch die HGK und die BGE auf dem Schienenweg transportiert. Diese zusätzlichen Schienenmengen unterstreichen den Grundgedanken der Förderung zur angestrebten Strukturveränderung der Regionen und der Belebung der privaten Bahnverkehre

#### **e) Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH**

##### **Jahresabschluss 2006**

Der Jahresabschluss 2006 schloss mit einem Verlust von 76T€ ab, der in Höhe von 30 T€ aus den Rücklagen gedeckt wird. Der Restbetrag wird gem. Gesellschaftsvertrag durch Nachschüsse der Gesellschafter ausgeglichen. Für die Stadt Bergisch Gladbach fällt ein Betrag von 1.514 € an.

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft stammen im Wesentlichen aus dem Bau der P-/B+R-Anlagen (2.237 T€) sowie aus der Umrüstung von Stadtbahnstrecken. Die Erhöhung beruht auf der Fertigstellung und Abrechnung zweier Projekte. Der Gesamtleistung des Unternehmens stehen Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von 1.064 T€ gegenüber.

Die Bauarbeiten der oberirdischen Teilstrecken 2 und 3 der Ost-West-Stadtbahnstrecke Junkersdorf-Bensberg in Köln (Stadtbahnlinie 1) sind abgeschlossen. Vor der Broichstraße bis zur Haltestelle „Im Hoppenkamp“, Bensberg, musste die Strecke für die Befahrbarkeit mit dem Niederflur-Stadtbahnwagen hergerichtet werden. Die Bahnsteige wurden alle behindertengerecht auf eine Höhe von 0,35 m ausgebaut. Im weiteren Verlauf ist die Strecke vom östlichen Endpunkt bis Bensberg Zentrum um einen ca. 500 m langen Abschnitt in Tunnellage verlängert worden. Wegen des erheblichen Höhenunterschiedes war der Neubau nur bergmännisch möglich. Am geplanten Endpunkt „Bensberg“ entstand eine Verknüpfung mit den die Region bedienenden Bussen sowie eine P+R-Tiefgarage mit 126 Einstellplätzen. Ein Kostenänderungsantrag für diesen Teilabschnitt liegt dem Zuschussgeber zur Genehmigung vor. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 38,5 Mio. € und die zuwendungsfähigen Kosten auf 36,4 Mio. €. Sobald das abschließende Prüfungsergebnis vorliegt, kann ebenfalls mit der Abrechnung der Gesamtmaßnahme begonnen werden.

Von Seiten der Zuschussgeber wurde mitgeteilt, dass für ÖPNV-Investitionen in den nächsten Jahren wesentlich geringere Mittel zur Verfügung gestellt werden. Auf Basis aktueller detaillierter Planungen lässt sich daher ableiten, dass kurzfristig die Maßnahmen, an denen die Stadtbahngesellschaft beteiligt ist, nicht bzw. mit deutlich reduziertem Umfang umgesetzt werden. Weiter wird deutlich, dass Infrastrukturmaßnahmen von Seiten der Bewilligungsbehörde aktuell in einen direkten Zusammenhang mit der Ausweitung von Verkehrsleistungen gestellt werden. Hierfür fehlen derzeit den Aufgabenträgern allerdings ebenfalls die finanziellen Möglichkeiten. Darüber hinaus sanken zum 01.01.2005 die Fördersätze von neuen ÖPNV-Projekten. Dies bedeutet, dass die jeweiligen Kommunen einen höheren Eigenanteil tragen müssen. Auch diese Änderung wird eher zu einem weiteren Rückgang von Maßnahmen führen.

Da die Finanzierung der Gesellschaft derzeit ausschließlich über Honorare aus der Bearbeitung und Planung von Stadtbahnprojekten sowie P+R-Anlagen erfolgt, lässt sich ableiten, dass sich die für die nächsten Jahre vorgesehenen Erträge aus den bestehenden Projekten nicht in der geplanten Zeitachse realisieren lassen.

Bedingt durch die Rahmenbedingungen sind in den Jahren 2007 bis 2011 mit Jahresfehlbeträgen in der Größenordnung von 150 T€ bis 296 T€ zu rechnen, die von den Gesellschaftern durch Nachschüsse auszugleichen wären. Auch die schrittweise Generierung von Einnahmen durch neue Geschäftsfelder in den Bereichen Bauüberwachung und Projektmanagement für P+R-Anlagen und Stadtbahnstrecken verändert an dieser Entwicklung nichts Wesentliches. Da wesentliche

Änderungen in den nächsten Jahren nicht zu erwarten und insbesondere neue Investitions- und Zuschussmaßnahmen nicht absehbar sind, hat die Geschäftsführung die Liquidation der Gesellschaft vorgeschlagen.

### **Sachstand Liquidation**

Für die Liquidation der Gesellschaft liegt ein Zeitplan vor, der vorsieht das Verfahren bis Ende 2008 abzuschließen. Vor Auflösung der Gesellschaft sollen noch die Baumaßnahmen Erweiterung P + R-Anlage Alfter-Witterschlick und Köln-Weiden West durchgeführt bzw. Köln-Porz Wahn begonnen werden.

### **f) GL Service gGmbH**

Der Gesellschaftervertrag wurde am 20.09.2007 unterschrieben und das Stammkapital eingezahlt. Anschließend erfolgte die Beantragung der vorläufigen Gemeinnützigkeitsbescheinigung beim Finanzamt. Die Eintragung der Gesellschaft ins Handelsregister konnte Ende Oktober beantragt werden.

Derzeit bereitet die Gesellschaft die einige Projekte und Angebote an die K-A-S vor bzw. plant die Teilnahme an deren Ausschreibungsverfahren für Trainingsmaßnahmen. Darüber hinaus wurde ein Logo entworfen und die Vorbereitungen für eine Internetpräsenz der Gesellschaft sind angelaufen.

<-@